

Begrüßungsrede

Dr. Werner Wolf
Präsident Bund für Lebensmittelrecht und
Lebensmittelkunde e. V.

Ansprache BLL-Präsident Dr. Werner Wolf

Sehr verehrte Frau Bundesministerin Aigner, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages, verehrte Gäste aus der Bundesregierung, ich nenne hier stellvertretend die Herren Dr. Grugel, Kühnle und Neumann, verehrte Gäste aus den Landesregierungen, Herr Staatssekretär Pini, seien Sie uns herzlich willkommen in Berlin, sehr geehrter Herr Möllenberg, sehr geehrter Herr Professor Hensel, lieber Ehrenpräsident Dr. Schneider, liebe Mitglieder unserer Wissenschaftlichen Beiräte, liebe Mitglieder des BLL, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserer Jahrestagung hier in Berlin und freue mich auf eine interessante Vortragsveranstaltung. Danken möchte ich Ihnen vielmals für Ihr zahlreiches Erscheinen.

„Lebensmittelsicherheit muss oberste Priorität haben!“

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, liebe Frau Aigner,

ganz herzlich darf ich Ihnen dafür danken, dass Sie heute zu uns gekommen sind und auf einige wesentliche Aspekte Ihrer Politik „In Sachen Lebensmittel“ eingehen wollen. Wir haben uns im vergangenen Jahr mehrfach persönlich ausgetauscht, wir waren uns stets in den Zielen einig, dass

1. die Lebensmittelsicherheit oberste Priorität haben muss,
2. eine verständliche Information der Verbraucher, unserer Kunden, sicher gestellt werden muss,
3. die Verantwortung für die Lebensmittel und ihre Konformität mit den rechtlichen Anforderungen primär bei den Unternehmen liegt,
4. der Staat für angemessene Rahmenbedingungen zu sorgen und ihre Einhaltung wirksam zu kontrollieren hat,
5. das Lebensmittelangebot im Hinblick auf seine Vielfalt und hohe Qualität eine angemessene Wertschätzung erfahren muss.

Über den Weg, wie dies zu erreichen ist, waren und sind wir uns meistens, aber nicht immer, einig; dies muss deutlich gesagt werden, dies darf nicht mit der „Soße falsch verstandener Harmonie“ zugedeckt werden. Ich bin aber überzeugt, dass wir angesichts der Übereinstimmung in den Zielen in einem offenen Diskurs gemeinsam auch die richtigen Wege finden können. Wir freuen uns, sehr verehrte Frau Bundesministerin, liebe Frau Aigner, auf Ihre Ausführungen.

Lebensmittelangebot wird nicht genügend gewertschätzt

Ganz herzlich möchte ich Sie, sehr geehrter, lieber Herr Möllenberg begrüßen. Sie sind ein gern gesehener und treuer Gast des BLL; das erste Mal sind Sie heute hier als Redner, dafür möchte ich Ihnen ganz besonders danken.

Mit dem Titel *„Lebensmittel und Lebensmittelwirtschaft haben ihren Wert“* treffen Sie eine Aussage, die uns nicht nur erfreut, sondern die auf eine Entwicklung abzielt, die uns gemeinsam schon seit langem mit Sorge erfüllt, nämlich die mangelnde Wertschätzung zumindest in der veröffentlichten Meinung gegenüber unserem heutigen modernen Lebensmittelangebot.

Danken möchte ich Ihnen, lieber Herr Möllenberg auch dafür, dass Sie uns in vielen Fragen unseres Aufgabenbereiches unterstützen und ihr gesellschaftliches und politisches Gewicht in die Diskussion im Interesse der Lebensmittelwirtschaft und ihrer Produkte einbringen.

Aus der Dioxin-Krise sind die notwendigen Lehren zu ziehen

Schließlich darf ich auch Sie, sehr geehrter, lieber Herr Professor Hensel, recht herzlich im Kreise der heutigen Redner willkommen heißen. Ihr Thema *„Nach der Krise ist vor der Krise“* könnte nicht aktueller sein, nach dem wir alle Anfang dieses Jahres sehr unschöne Wochen der Dioxin-Krise durchstehen mussten. Daraus sind Lehren zu ziehen und Ihren Vortrag sehe ich als wertvollen Beitrag dazu an.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir erleben im Augenblick sehr bewegte Zeiten, Zeiten der Unsicherheit und der gesellschaftlichen und politischen Umbrüche oder zumindest Neuausrichtungen. Japan ist von einer der schlimmsten Katastrophen in der Menschheitsgeschichte getroffen worden; sie hat unendlich viel Leid über das Land und die Menschen gebracht. Die Naturgewalten haben aber auch weit über Japan hinaus eine Technologie getroffen, in die man einst große Hoffnungen und Erwartungen gesetzt hat, die friedliche Nutzung der Kernenergie. In Deutschland hat das Reaktorunglück zu dramatischen politischen Reaktionen geführt, zu einer Wende um 180 Grad in der Energiepolitik der Bundesregierung. Bei den jüngsten Landtagswahlen haben wir drastische Verschiebungen der Mehrheitsverhältnisse erlebt. Die Energiewende wird spürbare Auswirkungen für uns Bürger und für die Wirtschaft und hier insbesondere für unsere energieintensiven Unternehmen unserer Branche haben.

Unsere Zeit ist geprägt durch Technik-Skepsis

Unsere Zeit ist geprägt durch eine zunehmende Skepsis gegenüber Entwicklungen unserer hoch technisierten Welt. Dies wirkt sich in Verschiebungen im politischen Parteinenspektrum aus, dies hat den „Wutbürger“ hervorgebracht, der aus der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft und keineswegs aus Randgruppen kommt. So sehr das Interesse der Bürger an der Entwicklung ihrer nächsten, aber auch weiteren Umwelt, an bestimmten Erscheinungsformen des technologischen Fortschrittes zu begrüßen ist, so sehr muss aber auch mit Sorge betrachtet werden, dass nicht selten demokratische Entscheidungsfindungen und Beschlüsse in Frage gestellt oder einfach negiert werden.

Lebensmittelangebot so vielfältig und hochwertig wie nie zuvor

Bezogen auf das Thema „Lebensmittel“ stellt sich die aktuelle Situation wie folgt dar:

1. Durch die wachsende Weltbevölkerung und die zunehmende Kaufkraft in Schwellenländern steigt die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen verarbeiteten – „westlichen“ – Produkten deutlich an.
2. Dies führt zu einer Verknappung und Verteuerung der Rohstoffe, wobei als weitere Faktoren z. B. Missernten hinzukommen.
3. Der globale Handel mit Rohstoffen und verarbeiteten Lebensmitteln nimmt deutlich zu; Deutschland ist einer der größten Importeure, wie auch Exporteure.
4. Unser Lebensmittelangebot stellt sich in einer nie gekannten Vielfalt, Sicherheit und Güte zu niedrigen Preisen dar.
5. Die deutsche Lebensmittelwirtschaft arbeitet auf allen Stufen hoch professionell und erfolgreich; sie ist in Deutschland einer der größten Wirtschaftszweige mit über vier Millionen Beschäftigten, 767.000 Betrieben, die einen Umsatz von ca. 587 Milliarden Euro generieren.
6. 85 % der deutschen Verbraucher halten laut einer Allensbach Umfrage aus Februar d. J. die Qualität unserer Lebensmittel für gut bis sehr gut.
7. „Lebensmittel“ und „Ernährung“ haben einen hohen politischen und medialen Stellenwert in Deutschland.
8. Der überwiegende Tenor der Medienberichterstattung ist negativ; exemplarisch dafür war im vergangenen Jahr die ARD-Themenwoche, die bis auf ganz wenige Beiträge unsere Produkte und unsere Wirtschaft verunglimpft hat. Selbstverständlich gibt es zu allem unterschiedliche Ansichten, selbstverständlich ist Kritik an unserem Tun und an unseren Produkten nicht nur legitim, sondern als Korrektiv auch notwendig – aber bitte basierend auf einem Mindestmaß an Sachkenntnis und in ausgewogener und anständiger Form. Das erwarte ich besonders vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen und Rundfunk, das erwarte ich von Nachrichtensprecherinnen und –sprechern ebenso wie von bekannten Moderatorinnen und Moderatoren!

Bürger sind von der Lebensmittelproduktion entfremdet

Wir müssen uns als Wirtschaft selbstkritisch fragen, warum wir in der veröffentlichten Meinung, bei NGOs und auch Teilen der Politik so schlecht dastehen, warum unsere Arbeit skandalisiert wird. Eine Ursache ist sicher die Entfernung und damit die Entfremdung der Bürger von der Lebensmittelproduktion auf dem Acker, im Handwerk, in der Gastronomie und Industrie sowie von der globalen Vermarktung. Dies führt nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer allgemeinen Skepsis gegenüber modernen Technologien leicht zu Verunsicherung und emotionaler Ablehnung gegenüber dem heutigen Lebensmittelangebot. Lebensmittel und „Technik“ lassen sich emotional offensichtlich nur schwer in Einklang bringen; rational ist viel leichter nachvollziehbar, dass es unser heutiges Lebensmittelangebot nur mit „Hightech“ geben kann.

Lebensmittelwirtschaft bereitet groß angelegte Kommunikationsoffensive vor

Wir haben als BLL schon seit Jahren auf diese Problematik hingewiesen, wir haben unsere Kommunikation über Lebensmittel ausgebaut und intensiviert. Dies haben auch andere Verbände getan, dies tun ebenso die Unternehmen. Ausreichend war und ist dies nicht. Wir müssen neue Wege gehen, wir müssen umdenken und müssen letztlich ein größeres

Rad drehen – und so bereiten wir zusammen mit anderen Organisationen aus der Lebensmittelkette eine langfristig angelegte mediengerechte Kommunikation zu unternehmens- und branchenübergreifenden Themen vor. Damit soll keine Werbung betrieben werden, Inhalt sind vielmehr fakten- und wissenschaftsbasierte Informationen zur Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln. Ziel ist es, in breiten Bevölkerungsschichten das „Wissen um Lebensmittel“ nachhaltig zu verbessern, Ängste abzubauen, Vertrauen zu schaffen und gleichzeitig die gesellschaftliche und politische Diskussion zu versachlichen.

„Wir wehren uns dagegen, permanent öffentlich ‚abgewatscht‘ zu werden!“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden uns dagegen wehren, permanent öffentlich „abgewatscht“ zu werden, das haben wir, das haben unsere Unternehmen und unsere Mitarbeiter nicht verdient – vor allem unsere Kunden, die Verbraucher, haben es nicht verdient, in derartiger Weise ohne Grund verunsichert zu werden!

„Selbstverständlich stellen wir Produkte her, die rechtlichen Anforderungen entsprechen!“

Informationen über das, was wir tun sind notwendig! Ebenso erforderlich ist aber auch ein stetiges selbstkritisches Überprüfen dessen, was wir tun! Selbstverständlich stellen wir Produkte her, die den rechtlichen Anforderungen entsprechen! Geschieht dies im Einzelfall nicht, dann greifen die Sanktionen, die unser engmaschiges Lebensmittelrecht zu Recht vorsieht.

Es sind aber durchaus einzelne Fälle denkbar, in denen der Verbraucher trotz Rechtskonformität das Produkt möglicherweise nicht richtig einordnet, in denen er gegebenenfalls getäuscht werden kann. Wir alle sollten uns deshalb immer wieder kritisch die Frage stellen, ob das, was legal ist, in jedem Fall auch vermittelbar und für den Verbraucher verständlich ist.

BLL lehnt produktbezogenen Teil des Internetportals von „Klarheit und Wahrheit“ uneingeschränkt ab

Gibt es dazu unterschiedliche Auffassungen, so sind wir, so sind die Unternehmen, die Branchenverbände und auch der BLL selbstverständlich bereit, hierüber mit den Verbraucherorganisationen und den Behörden zu sprechen. Insoweit sehen wir Ihre Initiative „Klarheit und Wahrheit“, sehr geehrte Frau Bundesministerin, als Chance für einen Dialog zur Verbesserung der Verständlichkeit von Kennzeichnung und Aufmachung und ganz allgemein des „Wissens um Lebensmittel“. Den Informationsteil und den Diskussionsteil des Internetportals unterstützen wir daher uneingeschränkt.

Ebenso uneingeschränkt ablehnend stehen wir aber dem produktbezogenen Teil dieses Mediums gegenüber; nach wie vor befürchten wir eine unakzeptable Anprangerung von einzelnen Produkten und Marken mit nachhaltig negativen Konsequenzen! Wir haben uns darüber hinlänglich ausgetauscht und insoweit keine Einigung erzielt. Wir werden uns weiter mit allen gebotenen Mitteln dagegen zur Wehr setzen. Hinter unserer Ablehnung stehen nicht ein paar unverbesserliche Lobbyisten, wie wir immer wieder lesen, sondern die gesamte Lebensmittelwirtschaft, gestützt von BDI, DIHK, ZDH, HDE, ZAW und dem Markenverband.

Unternehmen dürfen nicht schutzlos der Beliebigkeit subjektiv empfundener Täuschungen ausgeliefert sein!

Unsere Sorge ist auch durch die Diskussionen mit den künftigen Betreibern des Portals nicht kleiner geworden. So haben wir nach wie vor keine gesicherte Vorstellung, in welchen Fällen Produkte namentlich genannt und gezeigt und in welchen Fällen nur Dummys verwendet werden sollen. Diese Sicherheit ist das Mindeste, was unsere Unternehmen erwarten können, um nicht völlig schutzlos der Beliebigkeit subjektiv empfundener Täuschungen ausgeliefert zu sein. Sehr geehrte Frau Bundesministerin, ich darf Sie herzlich bitten, dass Ihr Ministerium diese Fragen ernst nimmt und die Installation des produktbezogenen Portals ebenso wie seinen Betrieb aufmerksam begleitet.

„Verwaltung durch Information hat erhebliche Auswirkungen auf die Betroffenen“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das produktbezogene Portal der Initiative „Klarheit und Wahrheit“ ist im Zusammenhang mit einer Entwicklung zu sehen, die mit „Verwaltung durch Information“ überschrieben werden kann. Was ist damit gemeint? Die Information der Öffentlichkeit tritt an die Stelle der „klassischen“ Handlungsformen der Behörden, wie der Verhängung von Bußgeldern bis hin zu Betriebsschließungen. Damit verknüpft sind erhebliche Folgen für die Betroffenen. Das hat unlängst der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in einem Urteil zum Verbraucherinformationsgesetz sehr deutlich ausgesprochen. Dort heißt es u. a.:

„Verwaltungshandeln durch Information“ ist irreversibel; daran ändern spätere Korrekturen nichts. Eine Verbraucherinformation zu – angeblichen – Rechtsverstößen eines Unternehmens kann für dieses Existenz gefährdend oder sogar Existenz vernichtend wirken.“

Dem ist nichts hinzuzufügen. Leider stellen wir fest, dass Bund und Länder immer häufiger zu diesem äußerst riskanten Mittel greifen wollen.

Berühmt-berüchtigtes Beispiel ist die sog. „Negativliste von Pankow“. Das Bezirksamt Berlin-Pankow veröffentlicht bekanntlich seit geraumer Zeit eine Liste mit „Hygiene-Sündern“ im Internet unter Nennung von Unternehmensnamen und Anschrift, aufgemacht mit abstoßend bis ekelerregend anzuschauenden Fotos. Der Berliner Senat selbst hat unlängst überraschend mitgeteilt, auf ein „verpflichtendes Veröffentlichungssystem à la Pankow“ in ganz Berlin vorerst verzichten zu wollen. Wir haben diese Sinneswandlung mit ein bisschen Stolz vernommen. Denn daran hat wohl die Erklärung unseres Wissenschaftlichen Beirats aus dem Jahre 2009 einen nicht unerheblichen Anteil gehabt.

Entwicklung hin zu einer „Verwaltung durch Information“ wird weiter vorangetrieben

Aber selbst wenn „Pankow“ vom Tisch sein sollte: An zwei aktuellen Initiativen kann man studieren, dass die Entwicklung hin zu einer „Verwaltung durch Information“ offensichtlich weiter vorangetrieben werden soll: Da sind zum einen der Entwurf zur Änderung des Verbraucherinformationsgesetzes sowie zum anderen der Vorschlag zur Entwicklung eines einheitlichen Modells zur Veröffentlichung von Ergebnissen der Lebensmittelüberwachung.

Der Entwurf zur Änderung des Verbraucherinformationsgesetzes geisterte schon vor seiner offiziellen Veröffentlichung durch die Medien und wurde von diesen bereits gegen die Wirtschaft ausgeschlachtet, ohne dass wir uns dazu äußern konnten, eine sehr missliche Situation!

Lebensmittelwirtschaft wird durch Änderungsvorschläge zum VIG einseitig benachteiligt!

Viel schlimmer sind aber die Änderungsvorschläge, die man z. T. fast schon als wirtschaftsfeindlich bezeichnen muss:

- Die Lebensmittelwirtschaft wird in einseitiger und nicht gerechtfertigter Weise benachteiligt, weil ihre schutzwürdigen Interessen außer Acht gelassen werden.
- Der Entwurf gibt das bisherige Ziel eines angemessenen Ausgleichs zwischen Informationsinteressen der Verbraucher und Schutzinteressen der Wirtschaft vollständig zu Lasten der Wirtschaft auf.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, hier besteht Bedarf an durchgreifenden Änderungen!

Hygiene-Kontrollbarometer muss den Schutzinteressen der Unternehmen Rechnung tragen

Lassen Sie mich zu dem geplanten bundeseinheitlichen Modell kommen, mit dem die Ergebnisse der amtlichen Kontrollen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. Ausgangspunkt ist das berühmte dänische Smiley-System.

In der Presse wird derzeit unter Hinweis auf die Beratungen der Bundesländer ein sog. „Kontrollbarometer“ thematisiert: Kontrollbalken in Ampelfarben und Pfeilen sollen zeigen, wie das jeweilige Lokal bei den letzten drei Hygiene-Untersuchungen abgeschnitten hat – eine Ausweitung auf das Handwerk, den Handel und die industrielle Produktion ist vorgesehen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, der bloße Wechsel von Smileys zu Farbbalken macht es nicht besser. Entscheidend bleibt,

- dass den grundsätzlichen Schutzinteressen der Unternehmen Rechnung getragen wird;
- dass die Rechtsschutz- und Rehabilitierungsmöglichkeiten garantiert bleiben;
- dass eine ausreichende Personal- und Sachausstattung der Überwachungsbehörden für die dazu notwendigen dichteren Kontrollfrequenzen sichergestellt wird!

„Ein Flickenteppich an Kontrollqualität und unterschiedlicher Kontrolldichte ist nicht hinnehmbar!“

Denn nur dann kann das Ziel einer sachlichen, objektiven, verständlichen, aktuellen, repräsentativen und Vergleiche ermöglichenden Information aller Verbraucher erreicht werden! Ein Flickenteppich an Kontrollqualität und unterschiedlicher Kontrolldichte ist nicht hinnehmbar! Dies würde zu drastischen Wettbewerbsverzerrungen führen, dies würde dem Verbraucher auch keine flächendeckende Information und damit Wahlmöglichkeit eröffnen.

Soweit ein kurzer Abriss von Beispielen für „Verwaltung durch Information“ – eine Entwicklung, die so bedeutsam ist, dass der BLL ihr in der vergangenen Woche eine Juristische Fachtagung gewidmet hat. Sie kam zu folgendem Ergebnis:

„Der Staat darf sich nicht aus seiner Verantwortung stehlen, den Gesetzesvollzug sicherzustellen, und in die Informationsverwaltung fliehen.“

„Die Wirtschaft braucht einen berechenbaren ordnungspolitischen Rahmen!“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Wirtschaft braucht einen berechenbaren ordnungspolitischen Rahmen! Der Schutz der Unternehmensrechte ist ein hohes Gut, für das wir auch in Zukunft mit Nachdruck eintreten werden!

Verbraucher brauchen verwertbare Informationen

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

uns allen ist daran gelegen, dass die Verbraucher aussagekräftige, verständliche und damit für ihr Kauf- und Konsumverhalten verwertbare Informationen über unsere Produkte erhalten. Dabei spielt die Lebensmittelkennzeichnung eine ganz entscheidende Rolle; sie wird in Brüssel seit drei Jahren überarbeitet und zum Teil neu gestaltet; jedenfalls wird sie sehr viel umfangreicher, als das, was wir kennen. Wir beschäftigen uns intensiv mit diesem Vorhaben, wir stehen im ständigen Kontakt mit der Bundesregierung, mit Ihrem Haus, liebe Frau Aigner, ebenso wie mit den deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlamentes. Mit ihnen haben wir in der vergangenen Woche in Straßburg zusammengesessen, um nochmals im Vorfeld anstehender Entscheidungen unsere Anliegen zu verdeutlichen. Auf der Basis der ersten Lesung des Europäischen Parlamentes, des erst in diesen Tagen veröffentlichten Standpunktes des Rates sowie des Vorschlages der Berichterstatterin, Frau Dr. Sommer, ergeben sich für uns folgende Bewertungen und Forderungen:

Entscheidung gegen die Ampel wird uneingeschränkt begrüßt

Uneingeschränkt begrüßen wir die Entscheidungen des EP und des Rates gegen die Ampel ebenso wie gegen zu weit gehende Informationspflichten bei loser Ware. Auch unterstützen wir das Parlament in seiner Ablehnung nationaler Regelungsregime, denn damit würde die „Büchse der Pandora“ geöffnet, nicht zuletzt mit deutlichen Erschwernissen für den freien Warenverkehr. Das hochkomplexe Lebensmittelkennzeichnungsrecht muss einheitliches europäisches Recht sein; es darf nicht nationalen Begehrlichkeiten Spielräume eröffnen. Die Verbraucher profitieren von einem einheitlichen Markt, von einheitlichen Regelungen ebenso wie die Wirtschaft – und dies darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Bei der Nährwertkennzeichnung droht ein „Informations-Over-Kill“!

Bei der Nährwertkennzeichnung würde die Position des Parlamentes zu unakzeptablen 36 Pflichtangaben führen; dieser „Informations-Over-Kill“ muss verhindert werden.

Vom Europäischen Parlament beschlossene Herkunftskennzeichnung ist unpraktikabel und unverhältnismäßig

Umstritten ist das Thema „Herkunftskennzeichnung“. Die europäische Lebensmittelwirtschaft lehnt die vom EP in erster Lesung beschlossene sehr weit gehende Verpflichtung nicht nur bei Lebensmitteln als solchen, sondern auch bei Zutaten ab. Dies ist unpraktikabel und unverhältnismäßig. Aufwand und Kosten für die Unternehmen stehen in keinem Verhältnis zum Mehrwert für die Verbraucher.

Im Übrigen darf nicht übersehen werden, dass eine so weitgehende verpflichtende Herkunftskennzeichnung letztendlich auch durch protektionistische Interessen motiviert sein könnte, d. h. insoweit konträr zur Idee des Binnenmarktes sind. Herkunftskennzeichnung muss freiwillig bleiben; es gibt in der EU ein wirksames Instrumentarium zum Schutz von Herkunftskennzeichnungen, das auf keinen Fall durch eine verpflichtende Herkunftsangabe ad absurdum geführt werden darf; im Übrigen sollten die deutschen Hersteller das europäische System besser nutzen.

Ich weiß mich in der Ablehnung dieser Vorschläge mit Ihnen, sehr verehrte Frau Bundesministerin, einig; ich bin dankbar für Ihre klare Haltung und bitte Sie, Ihren Einfluss geltend zu machen, dass diese zusätzlichen, teuren Belastungen unterbleiben.

In der Diskussion um die neue Lebensmittelinformationsverordnung haben wir gemeinsam schon viel erreicht – und mit gemeinsam meine ich die Lebensmittelwirtschaft insgesamt, aber auch die gute Politik der Bundesregierung. Ich wünsche mir sehr, dass auf dieser Basis noch in diesem Jahr ein Kompromiss zwischen den EU-Organen gefunden werden kann, um dieses schon lange währende Gesetzgebungsverfahren zum Abschluss zu bringen; mit jedem weiteren Monat, der ins Land geht, wird es kaum besser!

„Die Idee eines „plain packaging“ ist eine gefährliche Entwicklung, die massiv in die unternehmerische Freiheit eingreift“

Lassen Sie mich zum Thema Regulierung der Kennzeichnung und Aufmachung noch kurz auf ein abschreckendes Beispiel hinweisen, das zeigt, welche abstruse Wege eingeschlagen werden, um missliebige Produkte zu diskreditieren. Beispiel sind die Tabakerzeugnisse, bei denen tatsächlich ein *plain packaging* erwogen wird, d. h. eine verpflichtend vorgeschriebene Einheitspackung, ohne jede Kennzeichnung durch Wort-/Bildmarken, Logos, Farben, Dekorationen oder freiwillige Produktinformationen. Dies ist eine überaus gefährliche Entwicklung, wird damit doch massiv in unternehmerische Freiheiten, in die Vermarktung legaler Produkte eingegriffen. Wehret den Anfängen!

Wer garantiert der Lebensmittelwirtschaft, dass ein solches Vorhaben im Tabakbereich nicht doch auch ein Probelauf für andere politisch missliebige Konsumgüter sein könnte? Niemand! Daher müssen wir uns mit aller Macht schon gegen jedes Anzeichen einer Politik zur Wehr setzen, die keinerlei Verständnis für Marketing hat, die es wohl als ausreichend ansieht, wenn Produkte in der braunen Einheitstüte angeboten werden.

„Die Dioxin-Krise hat gezeigt: Die Unternehmen werden ihrer Verantwortung für die Lebensmittelsicherheit gerecht!“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe eingangs die Dioxin-Krise erwähnt und gefordert, dass Lehren daraus gezogen werden. Die Dioxin-Krise hat – trotz aller gegenteiliger Behauptungen – in der Presse eines bestätigt: Für die Lebensmittelsicherheit ist die Lebensmittelkette, sind die Unternehmen selbst verantwortlich – und sie werden dieser Verantwortung gerecht. Beweis dafür ist, dass die unzulässige Kontamination mit Dioxin durch die Sicherungssysteme der Wirtschaft entdeckt worden ist.

„Gegen kriminelles Verhalten hilft nur ein angemessener Kontrolldruck“

Der Staat trägt die Verantwortung für eine funktionierende amtliche Kontrolle. Diese muss gerade auch Bereiche erfassen, die der eigentlichen Futtermittelherstellung vorgelagert sind. Offensichtlich gab es insoweit Schwachstellen, diese müssen beseitigt werden. Gegen kriminelles Verhalten, dass sich nie ganz ausschließen lässt, helfen keine Appelle, keine höheren Strafen, sondern nur das Risiko „erwischt zu werden“, also ein angemessener Kontrolldruck.

Die Krisenkommunikation der staatlichen Behörden muss verbessert werden

Verbesserungsbedarf sehen wir in der Krisenkommunikation der staatlichen Behörden; sie war „bei Dioxin“ suboptimal, erschwert wurde die Situation von dem inhärenten Gegensatz zwischen Bund/ Ländern ebenso wie von parteipolitischen Scharmützeln. Dadurch wurde die Verunsicherung der Verbraucher weiter geschürt, dadurch wurde die notwendige Schadensbegrenzung auf Seiten der Wirtschaft erschwert. Sie, liebe Frau Aigner, waren auch Leidtragende dieser unverantwortlichen politischen Auseinandersetzungen.

Wir fordern für künftige Fälle eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, eine abgestimmte Kommunikationspolitik der Behörden gegenüber der Öffentlichkeit und eine kontinuierliche Information der Verbraucherorganisationen und der Wirtschaft. Es kann nicht sein, dass wir aus anderen Mitgliedstaaten die guten täglichen Sachstandsberichte erhalten, die die Bundesregierung gegenüber der Europäischen Kommission abgibt und uns nur auf diesem Wege ein genaues Bild machen können.

Auch muss das Zusammenspiel zwischen Risikobewertung und Risikokommunikation sowie Krisenmanagement besser gestaltet werden. Die Dioxin-Krise hat nach Aussagen des BfR niemanden gesundheitlich gefährdet; in der Öffentlichkeit wurde aber ein komplett anderes Bild gezeichnet.

„Die Lebensmittelwirtschaft war nicht Täter, sondern Leidtragende der Dioxinkrise“

Die Lebensmittelwirtschaft war nicht Täter, sondern in großem Ausmaße Leidtragende der Dioxinkrise. Schon deshalb stoßen die politischen und gesetzgeberischen Konsequenzen, die die Bundesregierung mit dem LFGB-Änderungsgesetz ziehen will, sehr geehrte Frau Bundesministerin, in unserer Branche auf Unverständnis und Ablehnung. Sie sieht nicht ein, warum auch sie nun mit neuen Verpflichtungen belastet wird, die nicht zu einer

Verbesserung der Lebensmittelsicherheit führen werden. Ich meine die Ausweitung der Meldepflicht auf „Handelslabore“ und die weitreichende Verpflichtung zur Mitteilung von sämtlichen Eigenkontrollergebnissen zu gesundheitlich nicht erwünschten Stoffen.

Die beabsichtigten Änderungen sind von der Bundesregierung ohne Anhörung der betroffenen Kreise beschlossen und in den Gesetzgebungsgang gegeben worden. Dies verstehen wir nicht, denn eine sachliche Eilbedürftigkeit gab und gibt es nicht. Es mag politisch verständlich sein, nach einem so unerfreulichen Skandal und kurz vor wichtigen Landtagswahlen Tatkraft demonstrieren zu wollen – der Sache dient es nicht, es geht nur zu Lasten der Wirtschaft!

Lassen Sie mich als Kronzeugen für unsere Kritik an dieser Überpolitisierung unserer Themen Jürgen Habermas zitieren, der es in der Süddeutschen Zeitung vom 7. April sehr deutlich auf den Punkt bringt:

Zitat

„Die wachsende Komplexität der regelungsbedürftigen Materien nötigt zu kurzatmigen Reaktionen in schrumpfenden Handlungsspielräumen.“

Desweiteren spricht er von „dem opportunistischen Drehbuch einer demoskopiegeleiteten Machtpragmatik“ und von einer Politik, die ihr Handeln von „Stimmungslagen abhängig macht, denen sie von Wahltermin zu Wahltermin hinterher hechelt“.

Damit kann eine Wirtschaft nicht leben; dies trägt auch nicht zur intendierten Stärkung des Verbraucherschutzes bei.

„Die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft können nicht von Landtagswahlen abhängig sein!“

Auch wenn ich nicht blauäugig bin, was die politischen Spielregeln angeht, so muss ich doch hier den Finger in die Wunde legen; die Rahmenbedingungen für unsere im EU-Binnenmarkt und global agierende Wirtschaft können nicht von Landtagswahlen abhängig sein!

Natürlich ist Politik heute besonders medialen Zwängen und Versuchungen ausgesetzt. Auch dies bringt Habermas prägnant zum Ausdruck, wenn er die Rolle der Medien kritisch beschreibt:

Zitat

„Einerseits lassen sich die Politiker vom sanften Zwang der Medien zu kurzatmigen Selbstinszenierungen verführen. Andererseits lässt sich die Programmgestaltung der Medien selbst von der Hast dieses Okkasionalismus anstecken“.

Vor neuen Regelungen ist eine vorherige Folgenabschätzung zwingend notwendig

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, liebe Frau Aigner, ich bitte um Verständnis, dass wir nicht mehr gewillt sind, immer weitere und zusätzliche Reglementierungen zu akzeptieren, insbesondere wenn für sie keinerlei sachliche Notwendigkeit ersichtlich ist. Unser Bereich ist bereits derart intensiv reguliert, dass jede weitere Belastung wirklich sachlich zwingend

begründet sein muss. Neue Regelungen müssen zwingend ein *impact assessment lege artis* durchlaufen, in dem besonders das „Kosten-/Nutzen-Verhältnis“ sorgfältig geprüft wird.

„Das Lebensmittelrecht darf nicht zur politischen Manövriermasse werden!“

Das Lebensmittelrecht darf nicht zur politischen Manövriermasse werden. Wir kommen als Lebensmittelwirtschaft unseren Verpflichtungen im hohen Maße nach und haben es daher nicht verdient, immer weiter eingeschränkt und belastet zu werden.

Nach Fukushima hat bislang kein radioaktiv belastetes Produkt den deutschen Markt erreicht

Meine sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss nochmals auf das Reaktorunglück in Japan zurückkommen. Verglichen mit den gewaltigen Problemen, die dieses Land nun zu bewältigen hat, sind die direkten Auswirkungen auf Europa, auf Deutschland und auf die Lebensmittelwirtschaft weiß Gott gering. Lebensmittel aus Japan werden nur in geringem Maße importiert. Dennoch haben die deutsche Lebensmittelwirtschaft wie auch die Überwachungsbehörden ihre Vorsorge und ihre Kontrollen erhöht, um Verbraucher vor radioaktiv belasteten Produkten zu schützen. Die EU-Kommission hat ihrerseits eine Notfallverordnung mit Grenzwerten erlassen, die monatlich überprüft werden. Diese Werte wurden nach Tschernobyl festgelegt und zunächst in Kraft gesetzt. Dies hat in der öffentlichen Diskussion zu Irritationen geführt, da die Werte nicht mit den Werten identisch sind, die für Produkte gelten, die von den Auswirkungen in Tschernobyl betroffen sind. Hier wäre eine bessere und für den Verbraucher verständliche Kommunikation von Nöten gewesen.

Nunmehr ist durch die EU-Kommission eine Vereinheitlichung der Werte erfolgt – auch im Hinblick auf die japanischen Werte. Dies wird die Kommunikation sicher vereinfachen.

Nach unserem Kenntnisstand hat bisher kein radioaktiv belastetes Produkt den deutschen Markt erreicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen, dass Sie meinen Ausführungen zu einigen uns besonders berührenden und auch belastenden Themen so aufmerksam verfolgt haben. Nur Offenheit führt uns weiter und bringt uns alle letztlich zu überzeugenden Lösungen. Dass der BLL und seine Mitgliedschaft dafür stehen, wissen Sie.

Wir freuen uns nun, liebe Frau Aigner, auf Ihre Ausführungen.

Vielen Dank!